

## Grüne fordern stärkere Kontrolle

Die Fraktion der Grünen im Abgeordnetenhaus hat den Senat aufgefordert, auf die Finanzgeschäfte der städtischen Wohnungsbaugesellschaften eine stärkere Kontrolle auszuüben. Nach Auffassung von Barbara Oesterheld, der baupolitischen Sprecherin der Grünen, müsse der Senat dringend mehr Transparenz bei den Geschäften der Wohnungsunternehmen herstellen, damit aus diesen "keine neuen Bankgesellschaften werden".

Hintergrund des Vorstoßes ist eine nichtöffentliche Sitzung des Bauausschusses, bei der am Mittwoch Vertreter der sechs städtischen Wohnungsbauunternehmen Auskunft über ihre finanzielle Situation geben sollten. In der Sitzung wurden aber nach übereinstimmenden Aussagen von Ausschussmitgliedern lediglich bereits veröffentlichte Zahlen vorgestellt und weitere Auskünfte teilweise verweigert. So blockte die Gewobag mit Hinweis auf das Aktiengesetz alle Auskünfte über ihre Immobilienfonds ab. Ein Verhalten, das bei Oppositions- wie Koalitionsparteien für Verärgerung sorgte. "Wenn das Abgeordnetenhaus Entscheidungen über die Zukunft der Wohnungsbaugesellschaften tragen soll, müssen die nötigen Informationen zur Verfügung gestellt werden", forderte Oesterheld. **Bernd Schimmler** (SPD) kündigte an, dass das Verhalten der Gewobag Konsequenzen bei der nächste Ausschusssitzung haben werde.

Die CDU sieht sich in ihrem Vorhaben bestätigt, noch in der kommenden Woche ein Beteiligungsgesetz in das Abgeordnetenhaus einzubringen. Viele Beteiligungsgeschäfte der Wohnungsunternehmen seien nicht transparent, klagte Alexander Kaczmarek. Das sei nach dem Skandal um die Bankgesellschaft eine "verheerende Erkenntnis". Man müsse darauf dringen, dass die Beteiligungsgeschäfte der Unternehmen dem Parlament offen gelegt werden.  
gd

MP03092004